



Die Fundamente des Busbahnhofsdachs sind Faktoren für die Kostenexplosion - sie wurden gestern eingeschalt.

Foto: Ralf Krieger

Zähneknirschende Zustimmung

Ratsmehrheit genehmigt die Mehrausgaben für das Dach des Busbahnhofs unter Bedingungen

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Mit unverkennbaren Bauchschmerzen hat sich der Stadtrat am Montagabend ins Unvermeidliche gefügt und die Kostensteigerungen beim Designer-Dach für den neuen Wiesdorfer Busbahnhof genehmigt. Aus einer Zwangslage heraus, wie es der ehemalige Oberbürgermeister Paul Hebbel (CDU) formulierte. In der Debatte um die millionenschweren Mehrausgaben für das stadtbildprägende große Dach dominierten zwei Stimmungslagen: Auf der einen Seite bemühten sich vor allem SPD und Grüne, die in die Kritik geratene Baudezernentin Andrea Deppe aus der Schusslinie zu bekommen, auf der anderen Seite bemühten sich einige Ratsmitglieder – vor allem von CDU und FDP – darum, ihre Wut über die missratene Kostenkalkulation zu bezähmen.

Um Sachlichkeit bemüht

Paul Hebbel, dem bereits im Bauausschuss der Kragen geplatzt war, weil die Bauverwaltung ihre Hausaufgaben nicht gemacht habe, hielt sich sicherheitshalber an ein vorbereitetes Redemanuskript und relativierte freundlich, dass jeder, der arbeite, auch mal Fehler begehe. Um dann aber in der Sache klarzustellen, dass sich die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker bei ihren Beschlüssen auf die Fachleu-

te der Verwaltung verlassen müssten, die verpflichtet seien, diese Beschlüsse sachkundig und mit größter Sorgfalt vorzubereiten.

Um künftig Fehlerquellen zu verringern, fordere die CDU eine konsequente Trennung von Planungs- und Baubeschluss sowie eine gründliche Prüfung von Massen und Kosten. Man habe sich unter einen Zeitdruck setzen lassen, der womöglich so nicht mehr bestehe, weil der Rhein-Ruhr-Express infolge von Klageverfahren im Düsseldorfer Raum erst später gebaut werde. „Dieser Vorgang ist besonders ärgerlich“, merkte Hebbel an. Ferner sollen in Zukunft Empfehlungen eines Preisgerichts bei Architektenwettbewerben nicht mehr bindend für einen Planungsauftrag sein. Die Beauftragung behalte der Rat sich vor. Außerdem werde von der Verwaltung eine „frühzeitige Informationskultur“ erwartet. Und sein Sohn Stefan Hebbel verschärfte im Namen der CDU-Ratsfraktion: „Wenn unsere Ergänzungsanträge nicht beschlossen werden, stimmen wir der Kostenerhöhung nicht zu.“ Dann gäbe es einen Baustopp.

Auf der anderen Seite beschwichtigte Grünen-Fraktionschefin Roswitha Arnold: „Es hat keine Planungsfehler gegeben. Die Kostensteigerungen sind das Ergebnis einer Ausschreibung.“ Außerdem sei die Auftragsvergabe

für das erste Los des Dachbaus im April schon im Verwaltungsrat der Technischen Betriebe (TBL) erfolgt. Wer die schriftliche Beratungsvorlage damals gelesen hätte, hätte wissen können, dass es Kostensteigerungen geben werde.

Auch SPD-Fraktionschef Peter Ippolito rechnete die Kostensteigerung klein: Wenn man die Kosten des Gesamtprojektes Busbahnhof Wiesdorf nehme, handele es sich um eine Mehrausgabe von lediglich 18,5 Prozent. Angesichts der allgemeinen Preisentwicklung im Bausektor kein Grund zur Aufregung, „das wird uns wieder begegnen“. Außerdem werde ein Großteil der Mehrkosten voraussichtlich mit zusätzlichen Fördermitteln beglichen.

Mit Steuermitteln jongliert

So gelassen wollte Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) nicht bleiben: „Ich finde es erstaunlich, wie hier mit Steuermitteln jongliert wird. Auch Fördergelder sind schließlich Steuermittel.“ Mit der Drohung, jede Abweichung von der einmal beschlossenen Planung würde zu weiteren Mehrkosten führen, fühle sie sich erpresst. „Das ist nicht in Ordnung, das kann ich nicht akzeptieren. Ich stimme nicht zu.“ In Zukunft bestehe sie darauf, „frühzeitiger und transparenter informiert zu werden.“

Ähnlich drückte es Bürgermeister Bernhard Marewski (CDU) aus, der darlegte, er fühle sich in dem seit fünf Jahren laufenden Planungsverfahren von Anfang an unzureichend informiert. Die Zusatzanträge seiner Fraktion seien nur eine akute Notbremse. Das Baudezernat solle doch einmal – wie schon der städtische Kulturbereich – von externen Prüfern der Gemeindeprüfungsanstalt auf den Kopf gestellt werden. Das würde sicherlich einige Erkenntnisse zutage fördern. Er selbst werde der Kostensteigerung nicht zustimmen. Worin ihn Erhard Schoofs (Bürgerliste) unterstützte, der eine zunehmende Häufung gravierender Fehler gerade im Baudezernat ausmache.

Die so angesprochene Baudezernentin setzte sich zur Wehr: Es sei sicherlich unheimlich viel für ehrenamtliche Politiker, das alles nachzuvollziehen, sagte Andrea Deppe. „Aber es ist alles irgendwann gesagt und mitgeteilt worden.“

Am Ende wurden die Zusatzanträge der CDU – Trennung von Planungs- und Bauauftrag sowie Unverbindlichkeit einer Jury-Entscheidung – einstimmig beschlossen. Bei der Genehmigung der Mehrkosten für das Dach stimmten 31 Ratsmitglieder zu, zehn sagten Nein und vier enthielten sich der Stimme.